Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 278 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto | Halver, Freitag, den 27. November | Erscheint: wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" Herd und Scholle". — „Für unsere Frauen" und „Am Abend" — | 1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.
und die Beilage: **„Landmanns Sonntagsblatt."**
und **„Zeitgeschehen im Wochenbild."**

Kauft deutsche Waren!

Mit einiger Ironie ist der älteste Sohn des Königs von England, der Prinz von Wales, als der beste „Propagandareisende für englische Waren" bezeichnet worden, als er seine große Reise durch Südamerika machte, vorher aber und nachher bei allen möglichen Gelegenheiten seinen Engländern sagte, sie sollten sich möglichst ausschließlich auf den Bezug einheimischer Waren einstellen. Mit ähnlicher Ironie hörte man auch sonst von allerhand teils organisierten, teils unorganisierten Anstrengungen, das „englische Waren sind die besten" zu einem großen Propagandafeldzug gegen die fremdländischen Erzeugnisse auszumünzen, und dachte wohl daran, daß einst das berühmte „made in Germany" einen ähnlichen Zweck gar nicht erreicht hatte, sondern selbst zur Empfehlung der deutschen Waren und damit zu einer unfreiwilligen Propaganda für sie geworden war. Ja, man ironisierte es, daß in England vor kurzem eine Ausstellung nicht etwa einheimischer, sondern gerade fremder Erzeugnisse veranstaltet wurde in der Absicht, den Engländern zu zeigen, wo überall und wie sehr die Importeure das tägliche Dasein aller Klassen, Stände, Berufe geradezu überfluten, und zwar in einem Umfang, von dem der einfache Mann in England gar nichts ahne.

War die Ironie, die diese gewiß seltsame Ausstellung auch wieder als eine „gute Propaganda für die fremden Einfuhrwaren bezeichnete, wirklich so ganz berechtigt? Heute wird man diese Frage kaum noch bejahen können. Denn inzwischen hat sich der private, bisher höchstens als offiziös zu bezeichnende Propagandafeldzug des „Kauft englische Waren!" zu einem hochoffiziellen ausgestattet und außerdem ist die ganze Staatsmacht auf Grund der letzten Wahlergebnisse eingesetzt worden, um die Einfuhr ausländischer Waren möglichst zu drosseln. Da wird auch uns Deutschen die frühere Ironie recht erheblich gedämpft werden. Wir haben uns zu unserem Nachteil schon recht oft in der Beurteilung des Engländers getäuscht!

Die kürzlich veröffentlichte Liste von Fertigwaren, auf deren Einfuhr die englische Regierung einen Wertzoll bis zu 100 Prozent legen kann und deren Absatz bzw. Konkurrenzfähigkeit in England dadurch schlankweg unmöglich gemacht wird, umfaßt — nach dem Ergebnis des Jahres 1930 — etwa 300 Millionen dieses Warenexportes von Deutschland nach England. Weitere Listen sollen folgen. Und es ist für unsern Export, dessen bester Kunde bisher England war, nur ein sehr geringer Trost, daß alle diese hochschutzzöllnerischen Maßnahmen nur „Notverordnungen" für sechs Monate sind, daß während dieser Zeit eine Gesamtregelung der englischen handels- und zollpolitischen Beziehungen mit dem Ausland erfolgen soll, — die natürlich unter denselben Absichten einer Ausgleichung der Handelsbilanz durch Einfuhrdrosselung stehen wird. Denn man will damit nicht nur das „Buy british", das „Kauft englische Waren" zum Sieg führen, sondern auch der Einfuhr von Gegenständen des Luxusbedarfs, überflüssiger Genußmittel usw. entgegenwirken, da die Handelsbilanz Englands ja seit Jahren einen rasch ins Bedenkliche gestiegenen Einfuhrüberschuß aufweist. So sind bereits für die allernächste Zeit Notzollverordnungen für Frühgemüse, für ausländische Obstsorten und Südfrüchte, Konserven usw. vorgesehen. Und alles ist erst ein Anfang, der freilich auch schon auf die Interessen der Kolonien Englands Rücksicht nimmt, daß man das handels- und damit natürlich auch das finanzpolitische Ziel, die Einfuhr besser der Ausfuhr anzugleichen, von der Seite der Importdrosselung her, namentlich für die Fertigwaren, in Angriff genommen hat, findet seine Erklärung hauptsächlich darin, daß man keinerlei Hoffnung hegt, in absehbarer Zeit jenen Ausgleich durch eine beträchtliche Steigerung der furchtbar zusammengeschmolzenen Ausfuhr schaffen zu können. Auch die an sich als Ausfuhrprämie wirkende Wertherabsetzung des englischen Pfund Sterlings hat längst in dem erhofften Maße genutzt, auch nur in beschränktem Umfang als Importhindernis.

Man soll das Kind beim richtigen Namen nennen: Es ist der englische Zollkrieg. Daß Frankreich mit einem 15prozentigen Wertzoll auf den Import aus allen Ländern antwortete, die „valutaschwach" geworden sind, Italien überhaupt einen generellen Finanzzoll einführte, macht das Bild, unter dem „Welthandelspolitik" geschrieben steht, von Tag zu Tag irrsinniger; denn auch Amerika griff zu ähnlichen Maßnahmen. Und das alles sind doch Staaten, die nicht unter dem furchtbaren Zwang zur Ausfuhr stehen wie das mit Schuldverpflichtungen, also zur stärksten Warenausfuhr genötigte Deutschland. Unsererseits sind aber solche Zwangs- und Kampfmaßnahmen nur in so geringem Umfang geschehen, daß wir allein für den Import von ausländischen Lebens- und Genußmitteln, die wir zum allergrößten Teil im eigenen Lande erzeugen, in den ersten drei Monaten 1931 nicht weniger als eine Milliarde ausgegeben haben. Aber auch die Fertigwareneinfuhr hat im Monatsdurchschnitt erst jetzt unter dem Druck ärgster Not die 100-Millionen-Grenze unterschritten. So können auch wir, die vom Kampf des Auslandes gegen fremde Waren am stärksten betroffen werden, dem „Buy british" oder sonstiger Abwehr deutschen Warenimports im Auslande immer nur mit gleicher Münze antworten: „Kauft deutsche Waren!"

Frankreich bleibt unnachgiebig

Laval in der Kammer.

Aufsehenerregende Stellungnahme gegen Deutschland.

Ministerpräsident Laval hielt in der Kammer seine große außenpolitische Rede, in der er sich zum Teil in sehr schroffen Worten über Deutschland äußerte.

Die Französische Kammer setzte die außenpolitische Aussprache fort. Ministerpräsident Laval führte in zeitlicher Reihenfolge die einzelnen politischen Vorgänge seit der Verkündung des Hoover-Feierjahres an. Das

Hoover-Moratorium

habe die großen Hoffnungen nicht erfüllt, die der amerikanische Präsident darauf gesetzt hatte. Die allgemeine Krise der Weltwirtschaft habe sich im Gegenteil verschlimmert und besonders in Deutschland schwere Ausmaße angenommen.

„In Paris habe ich über eine Stunde unter vier Augen mit Dr. Brüning gesprochen. Ich kann Ihnen nicht schildern, wie ergreifend diese Unterredung war. Wir haben beide die Möglichkeiten geprüft, die gegenseitigen Beziehungen unserer Länder zu verbessern, und ich entsinne mich noch, wie der Reichskanzler mir die Frage vorlegte, ob denn diese Tragödie zwischen Frankreich und Deutschland ewig andauern solle. An dem Tage, an dem auf der anderen Seite des Rheins die nationalistischen Kundgebungen aufgehört haben, werden die Ereignisse auf die Frage des Reichskanzlers antworten. In London haben wir dann versucht, der finanziellen Notlage Deutschlands beizukommen und sind uns dabei über die Verlängerung der kurzfristigen Kredit einig geworden."

Laval ging dann auf seine

Berliner und Washingtoner Reise

ein und unterstrich die herzliche Aufnahme, die ihm durch die Bevölkerung und die Regierung zuteil geworden sei. Er erinnerte an die Bildung des Deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, von dem man allgemein eine Verbesserung der Beziehungen erwartet. Seine Washingtoner Reise habe große Hoffnungen aufkommen lassen. In Amerika ist man sich über unsere Lage nunmehr vollkommen im Klaren. Man kennt unsere Sorgen, unsere Opfer und unsere steten Bemühungen in bezug auf die Abrüstung.

Wir haben lange über die deutsche Krise gesprochen und sind uns darüber einig geworden, daß der Young-Plan nach Ablauf des Moratoriums wieder in seine Rechte treten muß. Frankreich wird in Zukunft nicht mehr solchen Schritten ausgesetzt sein, wie sie dieser Schritt des Präsidenten Hoover darstellte. Unsere Unterredung hat demnach zu positiven Ergebnissen geführt, denn wir haben die Zukunft vorbereitet.

Laval ergänzte dann diese Erklärungen. Frankreich, so sagte er, hat große Opfer gebracht und sich dennoch bereiterklärt, auf die Dauer eines Jahres auf die Reparationen zu verzichten. Es wäre leicht, den Leichtsinn hervorzuheben, mit dem in Deutschland die Finanzen verwaltet worden sind. Man hat die Schulden mit Anleihen bezahlt, Städte verschönert und die Industrie ausgebaut, und als dann der Zeitpunkt der Rückzahlungen nahte, erklärte man: „Wir können nicht zahlen." Zu gleicher Zeit ergingen sich gewisse Kreise im Reich in lärmenden Kundgebungen gegen Frankreich. Ich weiß nicht, so erklärte Laval unter großem Beifall der Kammer, was man in Deutschland gesagt hätte, wenn sich gleiche Dinge unter gleichen Umständen in Frankreich vollzogen hätten. Ich habe ein Recht so zu sprechen, ohne dabei die Würde des deutschen Volkes zu beleidigen. Zu den

kommenden Verhandlungen

erklärte Laval, daß Frankreich trotz seiner augenblicklich noch bevorzugten Lage kein Recht habe, sein Geld hinauszuwerfen und verschwenderisch zu sein. Es gibt Grenzen, die wir nicht überschreiten können. Wenn man uns auffordert, Vertrauen zu haben, so werden wir antworten, daß die Wiederherstellung dieses Vertrauens zuerst von der Achtung des gegebenen Wortes und der Unterschrift abhängt.

Wir werden eine neue Zahlungsregelung nur für eine beschränkte Zeit, d. h. für die Dauer der Krise, annehmen. Wir werden einer Herabsetzung der Zahlungen nur so weit zustimmen, als wir von unseren Kriegsschulden befreit werden. Wir werden niemals dulden, daß die ungeschützten Zahlungen angetastet werden und wir werden nicht zugeben, daß man den privaten Schulden Deutschlands den Vorrang einräumt.

Frankreich, so schloß Laval, dessen Ansehen unvergleichlich ist, hat keinerlei Vormachtbestrebungen, sondern will nur den Frieden und die Zivilisation verteidigen und sicherstellen.

De Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden von der Kammer mit nicht endenwollendem Beifall aufgenommen. Die Sitzung wurde darauf unterbrochen.

Die Aktion gegen hessische Nationalsozialisten

Das Dokument.

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts haben in Hessen Haussuchungen bei nationalsozialistischen Führern stattgefunden, die belastendes Material zutage gefördert haben sollen, das ihre Verfasser und Verbreiter der Gefahr eines Strafverfahrens wegen Hochverats aussetzt.

Die Polizeiaktion gegen hessische Nationalsozialisten wird zurückgeführt auf ein Dokument, das das preußische und das hessische Innenministerium dem Oberreichsanwalt zugeleitet hat und das von führenden Kreisen der Nationalsozialistischen Partei in Hessen aufgestellt worden sein soll. Nach den Mitteilungen, die einem Zeitungsbureau über den Inhalt des Schriftstückes zugegangen sind, soll das Dokument benannt sein: „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiete."

Der Entwurf enthalte einen Befehl, so heißt es in der Mitteilung, an die gesamte Bevölkerung, wonach die Bevölkerung jeder Anordnung der SA. usw., gleich von welchem Dienstgrade erteilt, sofort Folge zu leisten habe. Widerstand werde grundsätzlich mit dem Tode bestraft. Die Todesstrafe werde auch den Beamten, Angestellten und Arbeitern öffentlicher Behörden angedroht, die ihren Dienst nicht weiterführen, sowie denjenigen, die die zu erlassenden Notverordnungen verletzen.

Das Dokument enthalte dann weiter Richtlinien für die ersten Notverordnungen, wonach alle Lebensmittel an die Führung oder deren Beauftragten auf Anordnung ohne Entgelt abzuliefern seien und jeder Verkauf von Lebensmitteln verboten werde. Durchführung der Volksernährung durch Kollektivspeisungen und auf Grund von Lebensmittelkarten, auf die Lebensmittel ohne Bezahlung geliefert werden sollen. Es gebe bis zu anderweitiger Regelung kein Privateinkommen mehr. Ein besonderer Verordnungsentwurf behandele die nationale Arbeitsdienstpflicht, die jeden „Deutschen (nicht Juden usw.) männlichen und weiblichen Geschlechts" vom 16. Lebensjahr betrifft, soweit er nicht bei Behörden diene oder der SA. bzw. Landeswehr angehöre.

*

Die preußische Stellungnahme.

Über die rechtlichen Voraussetzungen, die zum Eingreifen des preußischen Innenministeriums geführt haben, wird von zuständiger preußischer Stelle mitgeteilt, daß sich der Gau Hessen der NSDAP. nicht nur auf Hessen beschränke, sondern auch auf Preußen übergreife. Das preußische Innenministerium habe keinen Zweifel an der Echtheit des vorgefundenen Dokuments. Es sei davon überzeugt, daß das Schriftstück von leitenden Persönlichkeiten der NSDAP. stamme. Der in dem Dokument enthaltene Passus über den Wegfall der bisherigen Inhaber der Staatsgewalt beweise, daß die Voraussetzung, es handele sich um ein hochverräterisches Unternehmen, zweifelsfrei geklärt sei. Bei Gefahr und Verdacht eines hochverräterischen Unternehmens sei es aber die Pflicht der Polizei, sofort alles zu tun, um die Angelegenheit aufzuklären.

Die amtliche Pressestelle der hessischen Regierung

teilt mit, daß Haussuchungen, die sich auf die Nachprüfung der „Notverordnungen der illegalen nationalsozialistischen Regierung" und anderer Schriftstücke erstreckten, in vollem Umfange zum Erfolg geführt hätten. Die Echtheit der Dokumente stehe außer allem Zweifel, ebenso die Tatsache ihrer Abfassung durch den Gerichtsassessor Best und Komplicen.

*

Was die nationalsozialistische Parteileitung sagt.

Auf eine Anfrage bei der Pressestelle der NSDAP. in München wegen der Haussuchungen in Hessen wird mitgeteilt, es sei vollkommen ausgeschlossen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei oder der Parteiführer Hitler auch nur das geringste mit dem in Rede stehenden Dokument zu tun habe. Sollte das besagte Schriftstück tatsächlich vorhanden sein, so könne es sich nur um eine Fälschung oder aber um eine unverantwortliche Privatarbeit irgendeiner Einzelperson handeln, die sich damit in schärfsten Widerspruch zu den Anordnungen des Parteiführers gestellt und automatisch aus der Partei ausgeschlossen hätte.

Ferner erklärt Hauptmann a. D. Göring in Ergänzung dieser Veröffentlichung der Pressestelle als Bevollmächtigter zu den Vorgängen in Hessen u. a., daß er ausdrücklich feststelle, daß die Parteileitung rückhaltlos zu der beschworenen Legalität stehe und daß auch nur in diesem Sinne bisher Verhandlungen bezüglich einer Regierungsbildung in Hessen unterhalten worden seien.

In nationalsozialistischen Kreisen verlautet, daß der seitherige Kreisleiter der NSDAP. in Offenbach, Dr. Schäfer, Dokumente an den Frankfurter Polizeipräsidenten ausgehändigt habe. Dr. Schäfer war kürzlich zum Landtagsabgeordneten gewählt worden. Einige Tage darauf wurde bekannt, daß er von seinem Posten als Kreisleiter zurückgetreten sei und auch sein Landtagsmandat nicht ausüben werde. Dr. Schäfer, den seine einstigen Parteigenossen als Psychopathen bezeichnen, soll nach ihrer Angabe zu seinem Schritt offenbar aus Verärgerung getrieben worden sein, weil er seine bei der NSDAP. erstrebte Laufbahn zerschlagen sah.

Die hessische Gauleitung erklärt.

Der Gau Heren der Nationalsozialistischen Partei veröffentlicht neue Erklärungen. Die Gauleitung Hessen und alle verantwortlichen Führer lehnten es entschieden ab, mit den in dem fraglichen Schriftstück wiedergegebenen Plänen nur das geringste zu tun zu haben. Diese Grundhaltung gelt auch unverrückbar für die NSDAP. Gau Hessen. Jeder, der sich mit gesetzwidrigen Absichten trage, werde für einen bewußten Provokateur erklärt, der den Führer meineidig machen wolle und der Bewegung unabsehbaren Schaden zufüge.

Dr. Best verschwunden.

Wie von amtlicher Seite verlautet, ist der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Best, der als Amtsanwalt in Alzey amtierte, seit Mittwoch abend in Urlaub gegangen und, ohne sich zu verabschieden, verschwunden.

*

Der Oberreichsanwalt zu den Vorfällen.

Der Oberreichsanwalt Dr. Werner gibt über seine Beziehungen zu den Darmstädter Vorfällen folgende Darstellung: Das Vorgehen der Darmstädter Polizei ist nicht auf meine Veranlassung hin geschehen. Ich hatte eine Unterredung mit dem preußischen Innenminister in Berlin, die auf Einladung des Ministers hin erfolgte und bei der mir das Schriftstück vorgelegt wurde, in dem der Versuch des Hochverrats erblickt wird. Dieses Schriftstück soll von Best herrühren. Dazu gab ich den Rat, als Beweismittel wenigstens die Schreibmaschine des Best zu beschlagnahmen, mit der das Schriftstück hergestellt worden sein soll. Das wird inzwischen geschehen sein. Ich ließ ferner dem preußischen Innenminister raten, seine Absicht, die Presse in großem Ausmaße zu unterrichten, zunächst nicht auszuführen, weil die Untersuchung empfindlich gestört werden könnte, wenn wirklich der Tatbestand des Hochverrats vorläge. Ob das der Fall ist, muß noch geklärt werden. Soweit das Schriftstück Bests als Stütze zur Feststellung des Tatbestandes in Betracht kommt, handelt es sich doch offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine auf Grund der jetzt geltenden Verfassung im Amte sich befindliche Regierung nicht richten. Vielmehr ist vorausgesetzt, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung gestürzt und durch die Herrschaft der „Kommune" ersetzt sei. Diese ungesetzliche „Kommuneherrschaft" sei dann abgelöst durch die Nationalsozialisten und erst dann sollen die Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit und Ruhe in Kraft gesetzt und durchgeführt werden. Ob die weitere Untersuchung der Angelegenheit einen anderen Tatbestand ergibt, bleibt abzuwarten.

Die Parteileitung der Nationalsozialisten untersucht in Hessen.

Wie die Gauleitung der NSDAP. in Darmstadt mitteilt, wird von der Parteileitung eine Disziplinaruntersuchung gegen die in der Öffentlichkeit genannten Führer der Partei wegen eventueller Beteiligung an einer illegalen Bewegung eingeleitet werden. Zunächst wird aber das Ergebnis der behördlichen Untersuchung abgewartet.

Die Aktion in Hessen.

Die Vernehmung des Dr. Schäfer in Leipzig.

In der vermuteten Darmstädter Hochverratsangelegenheit ist Dr. Schäfer aus Offenbach durch den Oberreichsanwalt Dr. Werner als Zeuge vernommen worden. Er sprach sich dahin aus, daß er seine Mitteilungen an den Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main und an die preußische Regierung nur deshalb gemacht habe, um diese Stellen von den wirtschaftlich unsinnigen Plänen des Dr. Best zu unterrichten. Er habe nie daran gedacht, daß aus seinen Angaben sich ein Hochverratsverfahren entwickeln könnte.

Dr. Schäfer ist zu Beginn seiner Vernehmung darauf aufmerksam gemacht worden, daß er unter Umständen, also bei Einleitung eines Verfahrens, auf Grund seiner Aussagen auch als Mitbeschuldigter in Frage kommen könne.

Best gibt Aufklärung.

Von der Gaupressestelle der NSDAP. wird eine längere Erklärung verbreitet, wonach Dr. Werner Best, der als Verfasser des Manifestes gilt, das der preußische Innenminister veröffentlicht hat, auf der Gauleitung in Darmstadt eine formulierte Erklärung abgab, in der er sich der Urheberschaft bekennt. Als um den 1. August d. J. allgemein ein kommunistischer Aufstand erwartet wurde und von den Dienststellen der NSDAP. keine Weisungen für diesen Fall gegeben wurden, entschloß er sich ohne Auftrag und ohne Fühlungnahme mit den Amtsverwaltern der Partei zur Ausarbeitung von Richtlinien. Der jetzige Denunziant Abgeordneter Schäfer-Offenbach habe als der damalige Leiter des Gauwirtschaftsbeirats der NSDAP., Gau Hessen, seinen Entwurf mit ihm öfters durchgesprochen, ohne den bedingten und deshalb durchaus legalen Charakter der von ihm angeregten Erörterungen zu bezweifeln. Wenn Schäfer jetzt eine andere Darstellung der Vorgänge gibt, so will er sich durch die bewußt eingestellte Denunziation rächen: Schäfer sei wegen Wechselfälschung usw. bestraft und habe durch falsche Angaben über seine Laufbahn und seine berufliche Stellung die Kandidatur fürd en Hessischen Landtag bei der NSDAP. erschwindelt.

Die Vermutung, daß Best geflüchtet sei, scheint den Tatsachen nicht zu entsprechen.

*

Drei Reichstagsabgeordnete zu der NSDAP. übergetreten.

Die Gauleitung der NSDAP.-Weimar teilt mit, daß der Direktor des Reichslandbundes, von Sybel, am 26. November seinen Übertritt zur NSDAP. erklärt hat. Auch der Direktor des Mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen, M. d. R., und Landwirt Sieber, M. d. R., beide führende Mitglieder der Reichstagsfraktion der Landvolkpartei, sind zur NSDAP. übergetreten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Das bei hessischen Nationalsozialisten beschlagnahmte Dokument ist dem Oberreichsanwalt zur Prüfung vorgelegt worden.

* Zum Präsidenten des Preußischen Landtags wurde von den Sozialdemokraten der Abgeordnete Wittmaack-Magdeburg benannt.

* Auf Beschluß des Kammergerichts soll der ehemalige Generaldirektor der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei, Katzenellenbogen, wieder in Haft genommen werden.

Kurze politische Nachrichten.

Der zweite Unterausschuß des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, zu dessen Aufgaben im wesentlichen Verkehrsfragen zählen, tritt am 27. November in Paris zusammen.

*

Der preußische Minister des Innern hat, wie verlautet, gegen den Oberpräsidenten zur Disposition Winnig in Potsdam disziplinarische Ermittlungen einleiten lassen, weil Winnig in einer Reichsführerschulungswoche der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einen Vortrag gehalten hat.

*

Die Fraktion der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) im Preußischen Landtag wählte den Abgeordneten Großke zu ihrem Vorsitzenden.

Arbeitsbeschaffung durch internationale Vereinbarungen.

Der vom Völkerbund eingesetzte Unterausschuß, der damit betraut worden ist, Arbeitsbeschaffungspläne von internationaler Bedeutung, die von europäischen und außereuropäischen Ländern vorgeschlagen werden, auf Zweckmäßigkeit und Ergiebigkeit zu prüfen, wird Mitte Dezember in Genf zusammentreten.

Generaldirektor Dorpmüller, der Vorsitzende des Unterausschusses hat Preußen und den anderen Ländern einen Ausfüllungsbogen übermittelt, in dem mitgeteilt werden soll, welche Arbeiten in Frage kommen und welche Industrien mit internationaler Hilfe beschäftigt werden können. Auf Grund der Antworten wird Deutschland dann seine Vorschläge machen.

Vermahlungszwang für Weizen in England.

Im Unterhaus erklärte der Landwirtschaftsminister, daß die englische Regierung sich zur Einführung eines Vermahlungszwanges für Weizen entschlossen habe und dem Parlament ein dementsprechendes Gesetz vorlegen werde, durch das der Plan schon auf die Ernte des neuen Jahres anwendbar werde. Ferner sei beabsichtigt, ein Gesetz einzubringen, um durch Einfuhrzölle die Einfuhr von gewissen, nicht lebensnotwendigen landwirtschaftlichen und gartenwirtschaftlichen pflanzlichen Erzeugnissen zu vermindern.

Preußischer Landtag

(261. Sitzung.) tt. Berlin, 26. November.

Bei Eröffnung der Donnerstagsitzung des Preußischen Landtags widmet Vizepräsident Dr. von Kries dem plötzlich verstorbenen Abg. Grebe (Ztr.) einen ehrenden Nachruf.

Das Haus setzt die allgemeine Aussprache über die

Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen.

fort.

Abg. **Schulz-Neukölln** (Komm.) erklärt, eine ganze Reihe der neuen Bestimmungen habe nur den Zweck, die kommunistische Fraktion bei der Wahrnehmung der Interessen der werktätigen Massen zu behindern.

Abg. **Biester** (Dt.-Hann.) beschwert sich darüber, daß die neue Geschäftsordnung offenbar dazu dienen solle, die kleinen parlamentarischen Gruppen zur gänzlichen Einflußlosigkeit zu verurteilen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es schließt sich eine längere Einzelbesprechung an.

Abg. **Baumhoff** (Ztr.) beantragt, nachdem mehrere Kommunisten gesprochen hatten, unter Pfuirufen der Kommunisten, die Sitzung zu unterbrechen, damit der Ältestenrat einen Beschluß über die weitere Abkürzung der Redezeit fasse.



Neuer Kandidat für das Landtagspräsidium in Preußen.
Nachdem Leinert für den Posten des Präsidenten im Preußischen Landtag am Widerstand der Rechten gescheitert ist, haben die Sozialdemokraten ihren Abgeordneten Wittmaack vorgeschlagen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung weist Abg. **Leinert-Hannover** (Soz.) Angriffe kommunistischer Redner zurück.

Abg. Dr. **Heimann-Köln** (D. Vp.) verlangt eine gerechtere Verteilung der Ausschußsitze.

Im Laufe der Beratungen rügt Vizepräsident **Baumhoff** wiederholt, daß die Kommunisten bei den Ausführungen ihrer Parteiangehörigen lärmend Beifall klatschen und schließt den kommunistischen Abg. Mölders aus diesem Grunde von der Sitzung aus.

Gegen 7¼ Uhr ist die Aussprache über die neue Geschäftsordnung beendet, die Abstimmungen werden auf Freitag vertagt. Vorher steht auf der Tagesordnung der Freitagssitzung die Wahl des Landtagspräsidenten sowie die Vornahme weiterer Abstimmungen, u. a. über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Grimme und über die Aufhebung der Immunität des Abg. Ladendorff.

Vorläufig keine Reichstagseinberufung

Sitzung des Ältestenrats des Reichstages.

Der Ältestenrat des Reichstags beschäftigte sich zunächst mit dem kommunistischen Antrag, den Reichstag auf kommenden Mittwoch einzuberufen. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen. Die Nationalsozialisten waren in der Sitzung nicht vertreten. Die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei enthielten sich der Stimme, um zunächst ihre Fraktionen zu befragen. Die Kommunisten werden wie verlautet, den Antrag auf Einberufung des Reichstages demnächst erneuern, wobei sie damit rechnen, daß die Nationalsozialisten, wenn sie vorher von einem solchen Antrag unterrichtet werden, im Ältestenrat erscheinen und den Antrag unterstützen.

Ferner erneuerte der Ältestenrat einen früheren Beschluß, wonach die stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse das Recht haben, die Ausschüsse einzuberufen, wenn die Vorsitzenden von einer Partei gestellt sind, die sich an den Arbeiten nicht beteiligt. Auch sollen die Ausschüsse das Recht haben, in einem solchen Fall einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Außerdem setzte der Ältestenrat einen neuen Schlüssel für die Verteilung der Ausschußsitze auf Grund der Stärkeverschiebungen bei verschiedenen Parteien und Fraktionen fest. Für Parteien, die an den Arbeiten gegenwärtig nicht teilnehmen, sollen Sitze offengehalten werden.

Zu den Anträgen auf Diätenkürzung für die Reichstagsabgeordneten hat der Ältestenrat eine Entschließung noch nicht gefaßt, weil er der Ansicht war, daß eine Änderung der vom Reichstag selbst beschlossenen Diätensätze auch nur wieder durch den Reichstag vorgenommen werden könne.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 27. November 1931.

Andreasnacht.

Auf den 30. November fällt der Gedächtnistag des Apostels Andreas, der der Bruder des Petrus war. Gemeinsam mit seinem Bruder soll er den „Scythen" das Evangelium gepredigt haben, d. h. Völkerschaften an den Gestaden des Schwarzen Meeres. Aus diesem Grunde wird Andreas bei den Russen ganz besonders geehrt. Man braucht nur daran zu denken, daß der höchste russische Orden der Zarenzeit Andreas-Orden hieß. Andreas soll in Patras gekreuzigt worden sein: man soll ihn an ein Kreuz mit schräg gestellten Balken geschlagen haben.

Was dem Andreastag noch heute ein besonderes Gepräge gibt, ist die ihm vorangehende Nacht, die im Volksmunde als „Andreasnacht" oder „Andreasabend" bekannt und mit einem mystischen Zauber umkleidet ist. In dieser Nacht suchen die jungen Mädchen unter allerlei symbolischen Handlungen oder im Traume Namen und Art und Aussehen ihres künftigen Ehemannes voraus zu erfahren. In vielen Teilen Deutschlands geschieht das auf einfache Weise: die Mädchen brauchen abends vor dem Schlafengehen nur gewisse geheimnisvolle Worte zu sprechen, und der Andreasnachtzauber tritt bestimmt in Kraft. Anderswo aber macht man sich die Sache schwieriger. Da ist erstens das Bleigießen, und da ist zweitens das Apfelschalenwerfen. Beides beruht, wie es scheint, auf denselben Erfahrungen. Man kennt es ja übrigens auch vom Silvesterabend, an welchem das Bleigießen bekanntlich allgemein geübt wird. Aus der in ein Gefäß mit Wasser zu gießenden geschmolzenen Bleimasse, die unter lautem Aufzischen erkaltet, entwickelt sich eine Figur, und man hat dann nichts weiter zu tun, als diese Figur richtig zu deuten, woraus sich die Zukunft von selbst ergibt. Sieht zum Beispiel die Figur wie ein Schiff mit hohen Masten aus, so ist der Zukünftige bestimmt ein Kapitän, während ein Degen vielleicht auf einen Reichswehroffizier, und ein münzenähnlicher Guß auf einen Bankdirektor hindeutet. Bei dem Apfelschalenwerfen aber — man darf die Apfelschale unter keinen Umständen nach vorn werfen, sondern immer nur über die Schulter hinweg hinter sich — ersieht man das wahre Wesen des Bräutigams aus der Form, die die geworfene Schale annimmt.

Vielerorts war es früher so, daß die Mädchen am Andreasabend zwischen 11 und 12 Uhr in den Garten gingen und den Gartenzaun so lange schüttelten, bis eine Planke losging. Am ersten Weihnachtstage wurde diese Planke beim ersten Glockenläuten in den Ofen gelegt; beim zweiten Läuten wurde nachgeschoben, beim dritten Läuten stellte man sich ans Fenster. Wenn dann eine alte Frau kam, mußte man mit dem Heiraten noch ein Jahr warten; kam aber ein alter Mann oder ein kleiner Junge, so war die Hochzeit nahe. Es war, wie man sieht, ein sehr von Zufälligkeiten abhängiger Zauber, aber die Andreasnacht, in der er eingeleitet worden war, hat ihren Reiz bis zum heutigen Tage behalten, und man darf überzeugt sein, daß in der Nacht von Sonntag zu Montag vielen Mädchen das Bild des Bräutigams im Traume erscheinen wird. 1932 wird dann geheiratet.

—* **Ein milder Winter?** Beim Umackern eines Wiesengeländes bei Siegen wurden wohl an die 50 Maikäfer zutage gefördert, die schon alle wohlausgebildet waren. Auch aus dem Kreise Wittgenstein werden häufig Maikäfer in geringer Erdtiefe gefunden. Man schließt daraus auf einen milden Winter.

—* **Luxuszüge 11 und 12.** Ab 1. Dezember d. J. werden die auf der Strecke Warschau—Berlin—Köln—Paris verkehrenden Luxuszüge 11 und 12 auch die zweite Wagenklasse führen.

—! **Lichtspiele Central-Theater Lüdenscheid.** Der größte Clown der Welt „Grock" in seinem ersten Tonfilm. Aus dem Leben eines weltberühmten Artisten. Aus dem Inhalt: Also, da war einmal ein Clown, der hieß Grock und war nicht mehr sehr jung. Seit dreißig Jahren hatte er, zuerst in allen Berufen und dann in allen Varietegarderoben, die Welt abgeklopft, und nun war er langsam müde geworden und hatte schließlich nur noch den einen Gedanken: sich mit seinem sauer erworbenen Geld und mit einem möglichst jungen und frischen Fräulein zur Ruhe zu setzen. Weil das Geld da war, war das junge und frische Fräulein sehr bald auch da, aber der verliebte, eitle alte Bock von Grock merkte natürlich nicht, daß das Fräulein nicht seinetwegen, sondern nur seines Geldes wegen zu ihm gekommen war. Grock ersteht eine herrliche Villa am Mittelmeer. Der verarmte Graf, Besitzer der Villa, ist der frühere Geliebte der Bianca. Dieser hat sich für Bianca ruiniert, um nun dem Grafen zu helfen veranlaßt sie Grock die Villa zu kaufen. Grock und der Graf finden gefallen aneinander. Nach der Abschiedsvorstellung zieht sich das Paar zurück auf das Schloß. Grock, der seine Künste nicht verschmerzen kann, jongliert in den Zimmern herum. Ein Wanderzirkus ist der willkommene Deus. Grock lud die ganze Gesellschaft zum Diner ein. Bianca will sich mit dem Grafen französisch drücken, doch Grock kommt ihnen zuvor und öffnet ihnen die Tür und läßt beide ziehen. Das schauerliche Bürgerleben ist damit zu Ende, er ist frei. (Siehe heutige Anzeige.)

Halver

—)! **Postamt Halver.** Die Auszahlung der Heeresrenten erfolgt bei dem Postamt in Halver und den Postagenturen Anschlag und Schwenke am Sonnabend, den 28. November.

Die Frage der Gehaltskürzungen.

Haushaltsausschuß fordert Änderung der Notverordnung.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages, in der Anträge über Beamtengehaltskürzungen zur Beratung standen, teilte im Verlauf der Aussprache über diese Anträge ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums auf Anfrage mit, es sei ihm nicht bekannt, ob und welche Pläne die Reichsregierung hinsichtlich einer neuen Gehaltskürzung habe. Bei der Abstimmung wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der eine Änderung der Notverordnung vom 6. Oktober in folgendem Sinne verlangt: Die Herabsetzung der Gehälter soll mindestens Beträge bei Einkommen über 12 000 bis 20 000 Mark 20, bis 50 000 Mark 25, bis 100 000 30, bis 150 000 Mark 35, bis 200 000 Mark 40, bis 250 000 Mark 45 und für noch höhere Einkommen 50 Prozent des über 12 000 Mark Hinausgehenden betragen. Eine Herabsetzung unter 12 000 Mark soll jedoch nicht erfolgen.

Erst die Siedler, dann die Siedlung.

Neue Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung.

Die Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung sind in einem Sonderdruck erschienen. In Zukunft gehen alle öffentlichen Gelder, die für Siedlungszwecke bestimmt sind, über die Deutsche Siedlungsbank. Die Richtlinien beweisen, daß auf dem Gebiete der Siedlungspolitik eine Wendung eingetreten ist. Die Stellen, in deren Händen die landwirtschaftliche Siedelung liegt, legen Wert darauf, daß in erster Linie die beschäftigungslosen Siedler im Osten angesiedelt werden. Es wird in Zukunft möglich sein, auch bei ganz geringer Anzahlung angesiedelt zu werden. In besonderen Fällen kann diese Anzahlung durch Arbeitsleistung ersetzt werden, wobei erwartet wird, daß die Siedlungsanwärter die erforderlichen Utensilien, soweit sie solche besitzen, mitbringen. In bestimmten Fällen wird ein Einrichtungskredit gewährt. Die Siedlungsbehörden werden Siedlungsland nur bei angemessen gesenkten Güterpreisen erwerben. An zuständiger Stelle wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß Kapitalinteressen im Gegensatz zu früher gänzlich ausgeschaltet werden. Es sei ferner wesentlich, daß künftig nicht zuerst die Siedlung geschaffen würde, in die dann die Siedler eingesetzt werden, sondern daß vorher eine bestimmte Gruppe von Siedlungsanwärtern, die sich für die Siedlung besonders eignen, zusammengestellt wird.

Der Tributausschuß einberufen.

Am 7. Dezember in Basel.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel hat den Sonderausschuß zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nunmehr auf den 7. Dezember nach Basel einberufen.



Dr. Karl Melchior,
der Vertreter Deutschlands im Tributausschuß.

Die Bank gibt jetzt auch die amtliche Liste der für den Sonderausschuß von den Zentralbankpräsidenten ernannten sieben Mitglieder bekannt. Die Liste umfaßt: Professor Alberto Beneduce (Italien), Emil Francqui (Belgien), Sir Walter Layton (England), Dr. Karl Melchior (Deutschland), D. Nohara (Japan), Charles Rist (Frankreich), Dr. Walter W. Stewart (Amerika).

Sind die Personalkredite durch die Osthilfe gefährdet?

Bedenken von Einzelhandel und Handwerk.

Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und des von der Notverordnung über die Osthilfe hauptsächlich betroffenen Landmaschinenhandels legten im Reichskommissariat für die Osthilfe in der Reichskanzlei eingehend die schweren Bedenken und hauptsächlichen Forderungen des betreffenden Einzelhandels, insbesondere des Landmaschinenhandels dar. Ministerialrat Reichardt gab, wie die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels mitteilt, in verschiedenen wesentlichen Punkten beruhigende Versicherungen ab. Die berechtigten Interessen, besonders der Personalgläubiger, zu denen hauptsächlich Einzelhändler und Handwerker gehören, würden in den Ausführungs- und Ergänzungsbestimmungen an Hand von Vorschlägen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Die Stellung der Agrargenossenschaften.

Verbandsdirektor Rechtsanwalt Hempel in Rostock erläuterte die Stellungnahme der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur neuesten Osthilfenotverordnung. Er führte u. a. aus, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften bei aller Befriedigung über die nun durch die Notverordnung tatsächlich der Landwirtschaft zuteil gewordene Hilfe eine Ergänzung der Notverordnung für dringend erforderlich hielten. Um die Gläubiger der Landwirtschaft und die Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft nicht verlorengehen zu lassen, müsse die zugunsten der Landwirte angeordnete Entrechtung der Gläubiger durch einen Ausgleich zugunsten dieser Gläubiger vervollständigt werden. Zur Wiederherstellung einer wirklichen Hilfe für die Landwirtschaft müsse auch die Vereinigung der anderen über jedes tragbare Maß erhöhten Lasten erfolgen.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Notverordnung ein Erzeugnis der Not und Verzweiflung sei. Daher gelte es, das möglichst Beste aus ihr herauszuholen und daran mitzuarbeiten, daß vor allem durch Sicherung der Ernte 1932 die Ernährung des deutschen Volkes gewährleistet werde.

Ausdehnung von Osthilfegrundsätzen auf das Reich.

Das Reichskabinett befaßte sich mit Fragen der Ausdehnung gewisser Grundsätze der letzten Osthilfenotverordnung zu Allgemeinmaßnahmen für das ganze Reich.

Die Landwirtschaftliche Wochenschau bemerkt hierzu, offenbar auf Grund maßgeblicher Unterrichtung, von größerer Bedeutung sei hierbei, daß für die zur Beratung stehenden Allgemeinmaßnahmen von vornherein abweichende technische Grundlagen gefunden werden sollen. So habe die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein Vorschläge unterbreitet, um möglichst einfach den Grundsatz des Vollstreckungsschutzes ohne unbillige Schädigung der Gläubiger durchzuführen. Weiterhin seien Vorschläge der Grünen Front in Zusammenhang mit der Zinssenkung im Wirtschaftsbeirat kurz gestreift worden.

Berlin und die Kammerrede Lavals.

Keine Ueberraschung. — Laval will Höchstforderungen aufstellen.

Die Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten Laval hat in Berliner politischen Kreisen keine Ueberraschungen ausgelöst. Man hat derartige Aeußerungen erwartet, umal bei der Rede Erfordernisse der französischen Innenpolitik Pate gestanden haben dürften. Bezüglich der kommenden Tributverhandlungen dürften die Aeußerungen Lavals von dem Wunsche diktiert worden sein, schon jetzt Höchstforderungen aufzustellen. Wenn Frankreich nach diesen Erklärungen lediglich gewillt ist, sich nur auf vorläufige Abmachungen für die Dauer der Krise einzulassen, so steht demgegenüber, nach wie vor die deutsche Auffassung, die gerade deshalb eine endgültige Bereinigung fordert, weil die gegenwärtige Krise nicht zuletzt durch die politischen Zahlungslasten Deutschlands verschuldet ist und weil sie ohne endgültige Regelungen auch nie behoben werden kann. Die Feststellung Lavals, daß Frankreich nur in dem Maße zurückzustehen bereit sei, in dem auch die Gläubiger Frankreichs Nachlaß gewähren, betrifft das Verhältnis der ehemaligen Alliierten im Weltkriege. Die von Laval Deutschland nachgesagte Verschwendungssucht schließlich dürfte auf einer gänzlichen Verkennung der Tatsache beruhen, daß das durch den Krieg stark mit genommene und durch den Versailler Frieden gänzlich ausgeplünderte Deutschland dringend des Wiederaufbaues und also der Reparationen im eigenen Lande bedurfte.

General Ma will Frieden.

General Ma soll sich entschlossen haben, mit den chinesischen Generalen, die auf japanischer Seite kämpfen, Frieden zu schließen. Ma soll an den Gouverneur von Tsitsikar, General Tschangtschinghui, einen Brief geschrieben haben, worin er seine Zustimmung zu dessen Verwaltung ausdrückt. Letzterer soll daraufhin Friedensunterhändler bestellt haben.

Englische Truppen sind von Tientsin nach Tangschan unterwegs, um die Kohlenbergwerke von Kailan zu schützen, die in englisch-chinesischem Besitz sind.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Gewerkschaften beantragen Verbindlichkeitserklärung.

Die Lohnordnung im Ruhrbergbau ist durch Schiedsspruch unverändert bis zum 31. Dezember 1931 verlängert worden.

Der letzte Lohnschiedsspruch vom 29. September 1931, der eine siebenprozentige Lohnsenkung festsetzte, wurde bekanntlich durch Notverordnung in seiner Laufdauer bis zum 30. November 1931 abgekürzt. Ferner wurde ebenfalls durch Notverordnung der Wegfall der Arbeitslosenversicherungsanteile für die Untertagearbeiter verfügt, so daß sich die Lohnsenkung für die Arbeiter auf 3¾ Prozent ermäßigte. Ob die Regierung sich nunmehr auch zu einer Verlängerung des Wegfalls der Arbeitslosenversicherungsanteile gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten entschließen wird, bleibt abzuwarten.

Der Zechenverband hat bereits in den Schlichtungsverhandlungen den Schiedsspruch mit Rücksicht auf die vollkommen wirtschaftliche Untragbarkeit abgelehnt. Die Gewerkschaften werden den Schiedsspruch annehmen und die Verbindlichkeitserklärung beantragen.

Zöllner und Schmuggler.

Der Schmuggel blüht in ungeahntem Umfang.

Der Schmuggel hat unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse insbesondere im Westen des Reiches einen außerordentlichen Umfang angenommen. Die Zollverwaltung hat zu seiner Bekämpfung umfangreiche Maßnahmen getroffen, deren Erfolg aus den nachstehenden amtlichen Angaben ersichtlich ist. In der Zeit vom 1. April bis 30. September 1931 sind in den drei westlichen Landesfinanzamtsbezirken (Düsseldorf, Köln, Münster i. W.) insgesamt 21 000 Aufgriffe von Schmugglern erfolgt. Dabei haben u. a. folgende Waren beschlagnahmt werden können:

17 540 000 Zigaretten, 39 000 Zigarren, 178 000 Heftchen Zigarettenpapier, 22 100 Kilogramm Tabakerzeugnisse, 40 600 Kilogramm Kaffee, 203 300 Kilogramm Getreide, 97 600 Kilogramm Müllereierzeugnisse, 7730 Kilogramm Zucker, 118 Kilogramm Tee, 550 Kilogramm Schokolade, 1200 Kilogramm Kakao, 1670 Kilogramm Gemüse und Obst, 650 Fahrräder, 113 Krafträder, 86 Kraftwagen, 2960 Kilogramm Benzin und Petroleum, 620 Kilogramm Fleischwaren, 285 Kilogramm Backwerk, 715 Stück Geflügel, 107 Liter Weingeist.

Die Zahlen sind nicht nur geeignet, annähernd eine Vorstellung von dem Gesamtumfang und der wirtschaftsschädlichen Wirkung des Schmuggels zu vermitteln; sie geben auch in etwa einen Begriff davon, welche auftreibende und unermüdliche Tätigkeit der Zollbeamten ständig erforderlich ist, um Aufgriffe in diesem Umfang zu erzielen.

Antragsfrist für Aufwertungssachen.

Die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen macht darauf aufmerksam, daß am 30. Nov. d. J. die Frist abläuft, bis zu der der Eigentümer eines belasteten Grundstücks oder der persönliche Schuldner gemäß Notverordnung vom 10. November 1931 über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen (Reichsgesetzblatt S. 667) Bewilligung einer Zahlungsfrist beantragen kann, wenn ein solcher Antrag nach den früheren Bestimmungen nicht rechtzeitig gestellt oder der Antrag zurückgenommen wurde, ohne daß mit dem Gläubiger über die Rückzahlung eine Einigung zustande kam. Nach dem 30. November 1931 ist die Stellung von Anträgen nicht mehr möglich, auch kann mit einer weiteren Verlängerung der Frist nicht gerechnet werden.

Die Möglichkeit der Antragstellung ist nicht mehr gegeben, wenn die Frist für die Stellung des Antrages auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nach dem 30. September 1931 abgelaufen oder der gestellte Antrag nach diesem Tage zurückgenommen wird. Wohl aber ist eine Antragstellung möglich, wenn der Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist ganz oder zum Teil rechtskräftig zurückgewiesen ist und die Entscheidung der Aufwertungsstelle oder falls die sofortige Beschwerde eingereicht wurde, die Entscheidung des Beschwerdegerichts vor dem 1. Oktober 1931 ergangen ist. Ist das Verfahren vor dem Gericht der weiteren Beschwerde noch anhängig, so hat dieses auf Antrag des Eigentümers oder des Schuldners die Sache an die Aufwertungsstelle zurückzuverweisen, wenn die angeführte Entscheidung vor dem 1. Oktober 1931 ergangen ist. Auch ein solcher Antrag kann nur bis zum Ablauf des 30. November 1931 gestellt werden. Bemerkt sei noch, daß unter die Regelung der Notverordnung nicht Vergleiche fallen, die zwischen Gläubiger und Schuldner sowohl auf dem Wege privater Verhandlungen wie durch Mitwirkung der Aufwertungsstelle beschlossen worden sind. In diesen Fällen kann ein Zahlungsfristenantrag nicht gestellt werden.

Im zweiten Teil der Notverordnung ist den Schuldnern von Aufwertungsobligationen und verwandten Schuldverschreibungen die Möglichkeit gegeben, einen Zahlungsfristenantrag für die am 31. Dezember 1931 fällig werdenden aufgewerteten Kapitalbeträge ebenfalls bis zum 30. November 1931 zu stellen. Hierbei wird auf die §§ 4—10 der Notverordnung verwiesen.

Großfeuer auf dem Eichsfeld.

Mehrere Gebäude Opfer der Flammen.

Auf dem Grundstück des Gast- und Landwirts Ignaz Dietrich zu Lenterode entstand ein großeres Schadenfeuer, dem außer der Scheune, in der das ungedroschene Getreide lagerte, auch die Ställe und Schuppen sowie ein neuer Tanzsaal zum Opfer fielen. Bei starkem Winde breitete sich das Feuer schnell aus, so daß trotz angestrengter Rettungsarbeit des ganzen Dorfes nicht verhindert werden konnte, daß auch die große Nachbarscheune des Landwirts Josef Rheinlande in Flammen aufging. Vernichtet sind neben Getreidevorräten zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen und einige Stück Vieh. Die Untersuchung über die Brandursache ist noch im Gange.

Braunschweig hebt die Aufrückungssperre auf.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1932.

Nach dem Vorbilde Preußens und einiger anderer deutscher Länder hatte das braunschweigische Staatsministerium eine sogenannte Aufrückungssperre angeordnet, die besagt, daß die Beamten und Lehrer, die Bezüge der Dienstalterstufe vom September 1931 zwei Jahre länger erhalten sollten. Da Preußen, nachdem vom Reich die Aufrückungssperre nicht angeordnet wurde, diese wieder hat fallen lassen, hat jetzt auch das braunschweigische Staatsministerium mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die Aufrückungssperre aufgehoben.

Kleine Wirtschaftsnachrichten

Die Gütertarifermäßigungen bei der Reichsbahn.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hatte bekanntlich im Zusammenhang mit der Neuregelung des Kraftwagenverkehrs zum 1. November die oberen Klassen ihres Gütertarifs gesenkt. Diese Tarifermäßigungen sind von der Bahn mit einer Klausel versehen worden, die dem Sinne nach etwa besagt, daß die als Folge der Tarifermäßigungen des gewerblichen Kraftfahrwesens in Kraft gesetzten Tarifermäßigungen der Reichsbahn wieder außer Kraft treten würden, an dem die Kraftwagentarife wieder erhöht würden. Diese Klausel hat in Wirtschaftskreisen vielfach Beunruhigung hervorgerufen. Aus diesem Grunde wird aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt, daß die Klausel der Reichsbahngesellschaft nicht etwa die Wirkung habe, daß dadurch die veröffentlichten Tarifermäßigungen der Reichsbahn in Frage gestellt würden. Sollte die Reichsbahn es für erforderlich halten, die Tarife wieder zu erhöhen, so würde für sie die Verpflichtung in Anwendung kommen müssen, vorher die Genehmigung des Reichsverkehrsministers einzuholen.

Um die Eröffnung der Wertpapierbörsen.

In den letzten Tagen haben eingehende Beratungen über die Eröffnung der Wertpapierbörsen zwischen dem preußischen Handelsministerium, der Reichsregierung und dem Reichsbankdirektorium stattgefunden. Die Reichsregierung und das Reichsbankdirektorium vertraten hierbei die Auffassung, daß eine Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen im gegenwärtigen Zeitpunkt der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands nachteilig wäre. Unter diesen Umständen ist es dem Minister für Handel und Gewerbe nicht möglich, einer Wiederaufnahme der Börsenversammlungen zuzustimmen.

Der Staat als Jagdverpächter.

Angesichts der stark gesunkenen Einnahmen aus Holzverkäufen werden die preußischen Staatsforsten auf Anregung des Landtags in steigendem Maße zu Jagdzwecken verpachtet. Während die verpachtete Fläche im Jahre 1928 nur rund 50 000 Hektar umfaßte, sich im Jahre 1930 aber bereits auf annähernd 80 000 Hektar belief, ist sie neuerdings auf 130 000 Hektar angewachsen. Trotzdem sind immer noch große Jagdflächen unverpachtet, weil sich dafür keine Bieter gefunden haben. Der Durchschnittspreis der im letzten halben Jahren verpachteten 50 000 Hektar betrug 2,10 Mark je Hektar.

Die Weinlager sind überfüllt.

Die Lage auf dem europäischen Weinmarkt hat sich nicht gebessert. Immer noch sind die Preise gedrückt, die Nachfragen sehr flau, und die großen Bestände in den Produzentengebieten nehmen nicht ab.

Mäntel

mit u. ohne Pelzkragen
wirklich etwas ganz
Besonderes

9.75
16.00
28.00
38.00
56.00

Wir waren in Berlin

und kauften Riesenmengen

MÄNTEL u. KLEIDER

bei unseren Qualitätsfabrikanten

ganz billig

Ab heute
können auch Sie das Schönste ganz billig kaufen.

Kleider

entzückende Modelle
in Wolle und Flamenga

5.75
9.75
18.00
26.00
38.00

Alsberg, Lüdenscheid

Der von Groß und Klein mit Spannung erwartete

Weihnachtsmarkt



ist eröffnet!

Eine Verkaufs-Veranstaltung von größtem Ausmaß.
Geschenk-Artikel zu unerhört niedrigen Preisen
in allen Abteilungen.

Für die Kleinen im 3. Stock aufgestellt:

Karussel, Rutschbahn, Kasperl-Theater

u. a. mehr.



Karten zur Benutzung der Kinder-Belustigungen sind beim Einkauf gratis an den Kassen erhältlich.

Hermann **Kornblum** Hagen

T.-V. Jahn e. V. Kierspe-Bhf.

Samstag nachmittag 3 Uhr
Handballtraining
Sonntag vorm. 10.30 Uhr
Handball-Meisterschaftsspiel
1. Lüdenscheider T.-G. 1. Jahn Kierspe Bahnhof
in Lüdenscheid Sportplatz Höh
Abfahrtzeit wird noch bekannt gegeben,
Sonntag 2 Uhr
Bezirks-Vorturnerstunde
im Vereinslokal Cramer
anschließend gegen 4 Uhr
Besprechung,
Der Oberturnwart.

Pragmatische Kirchengeschichte

der Provinzen
Rheinland u. Westfalen
v. D. theol. Ew. Dresbach
Pfarrer i. R. in Halver
vorrätig in der
Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver

Rekord-

Die große Gelegenheit

Preise

für Damen- und Herren-Konfektion.

Mein Ausverkauf

sämtlicher Manufakturwaren
bietet die größten Vorteile.

Man benutzte diese Gelegenheit schon für **Weihnachtseinkäufe!**

Strauß & Schiff Nachf., Lüdenscheid.

Trotz der billigen Preise bekannte Fahrtvergütung.

Ausflugsort Schnörrenbach.

Sonntag, den 29. Novemb. von 4 Uhr an

Unterhaltungsmusik und Tanz

im großen Saal.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, den 29. November (1. Advent), Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pastor Stommel. (Mitwirkung des Kirchenchors) 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst. Nachm. 2,30 Uhr Gottesdienst in Oberbrügge. Dienstag abend 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abends 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag abend 8.30 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Samstag 4 Uhr Jungschar. 8,30 Uhr Jungfrauenchor. Sonntag, 4,30 Uhr Bibelstunde, 8 Uhr Jünglingsverein fällt aus. 8,30 Uhr Jungfrauenverein, Adventsfeier. Montag 8,30 Uhr Bibelstunde (Herr Brenscheid). Dienstag 8,30 Uhr Jünglingsverein, Getrennte Sippenabende. Mittwoch 4 Uhr Missionshandarbeitsstunde, 8 30 Uhr Jungfrauenverein, Gruppenabend Freitag 8.30 Uhr Männerchor.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag morgens 9,45 Uhr Erbauungsstunde. Nachm. 1,30 Uhr Sonntagsschule. 5 Uhr Adventsfeier des Jungmädchenvereins mit Kaffee und Gebäck. Dienstag, abend 8,30 Uhr Gem. Chor. Donnerstag abend 8,30 Uhr Gebetstunde Samstag abend 8,30 Uhr Männerchor.

Blaukreuzverein Halver. Sonntag, den 29. Nov. nachm. 3 Uhr Bibelstunde. Donnerstag, 3. Dez., abends 8 30 Uhr Bibelbesprechung.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, 29. Nov., 8 Uhr Frühmesse, 10 15 Uhr Hochamt mit Predigt, 2,30 Uhr Andacht.

Ev. Gemeinde Brügge. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst, 11,45 Uhr Kindergottesdienst, Dienstag 3 Uhr Adventsfeier der Frauenhilfe im Taschenschen Saal. Mittwoch 8 Uhr Posaunenchor. 8 Uhr Bibelstunde im Konfirmandensaal. 9 Uhr Kirchenchor.

Ev Gemeinde Schalksmühle. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst, 11,15 Uhr Kindergottesdienst, 1,30 Uhr Blaukreuzstunde, 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Montag 8 Uhr Posaunenchor. Dienstag 2 Uhr Steuertermin, 8,30 Uhr Jungmädchenverein. Mittwoch 8,30 Uhr Bibelstunde. Donnerstag 8.30 Uhr Jugendbund für E. C. Freitag 9 Uhr Männerchor. Samstag 8,30 Uhr Gemischter-Chor.

Ev. Gemeinde Kierspe Sonntag 1 Advent, 9,30 Uhr Kindergottesdienst. 10,30 Uhr Gottesdienst, 11,45 Uhr Bücherausgabe, 2,30 Uhr Jungschar. Dienstag 8.30 Uhr Jungmädchenbund. Donnerstag 8,30 Uhr Frauenhilfe. Freitag 8.30 Uhr Kirchenchor. Samstag 8,30 Uhr Posaunenchor.

Vollwerk - Oberbrügge. Sonntag, 1. Advent, 9.30 Uhr Gottesdienst, 10,45 Uhr Kindergottesdienst. Dienstag 8.30 Uhr Posaunenchor Vollme. Mittwoch 8,30 Uhr Kirchenchor. Donnerstag 3,30 Uhr Frauenhilfe.

Kierspe-Bahnhof. Sonntag, 1. Advent, 9,30 Uhr Kindergottesdienst, 10,45 Uhr Lesegottesdienst 4 Uhr Bibelstunde. Dienstag 8,15 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Jungmädchenbund. Freitag 8,30 Uhr Männer- und Jünglingsverein.

Fr. evgl. Gemeinde Kierspe-Bahnhof: Sonntag 9,30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kinder Sonntagsschule, 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein, 20.30 Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 20,30 Uhr Gebetstunde. Donnerstag 20,30 Uhr Gemischter Chor. Freitag 8.30 Uhr Jünglingsverein.



Ulster und Ulster-Paletots
91.00 87.00 72.00 63.00 48.50 **29.00**

Loden-Mäntel in glatter u. Strichware
45.00 39.50 34.00 **27.00**

Knaben-u. Jünglingsmäntel
jeder Art, in allen Größen

Herren-Anzüge in I- u. II-rhg. Form
in dunkelblau, sowie in neuen mittel- u. dunkelfarbigen Mustern
86.00 78.00 68.00 58.00 48.00 **37.00**

Strickwesten — Pullover

Lodenjoppen.

F.W.Maas,
Lüdenscheid.

Else Lausberg
Willi Karthaus
Verlobte

Edelkirchen b. Halver — 1. Uelfe b. Radevormwald

28. November 1931.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, insbesondere für die reichen Kranzspenden, das zahlreiche Grabgeleit. Herrn Pastor Mayer zu Thenkausen für seine trostreichen Worte am Grabe sowie auch den verschiedenen Vereinen sagen wir hierdurch unsern

allerherzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Bernh. Käseberg.

Kierspe, im November 1931.

Kindertage!

Billige Weihnachtsgeschenke!

Nachtanzüge wollgemischt v. 75 ₰ an
Schlafanzüge . . . v. 1,70 M. an
Hemdhöschen gefüttert . v. 80 ₰ an
Reinw. farbige Strümpfe gr. 1 2
60 ₰ 75 ₰
Woll. Kinderkleidchen v. 2.50 M. an
Sport- u. Trainingsanzüge v. M 4,80 an
Kinderpullover . . . . M. 2,50
Rodelmützen . . . . . M. 1,20
und vieles andere.

I. B. Strodel,
Lüdenscheid.
Bei Einkäufen von Mk. 2 an ein Weihnachtsballon.

Pelzwaren

ausgesucht gute Qualitäten
empfiehlt:

Karl Happe,
Kürschnermeister
Lüdenscheid,
Karlsplatz.

Für die Schlachtzeit sämtliche Gewürze.
Extra fein gem. Pfeffer ¼ Pfd. 45 Pfg.
Beste präp. Körner-Grütze Pfd. 28 Pfg.
Ia. trockene Därme mtr. 12 Pfg
Albert Vollmann,
Kierspe.

Ernst Küch jr.
Forstkulturgeschäft
Elbringhausen bei Kierspe
Fernspr. 667 Amt Meinerzhagen.
Lieferung u. Anpflanzung von in eigenen Kulturen gepflanzten
Nadel-u. Laubhölzer
Prompte Bedienung
Billige Preise

CENTRAL THEATER
LÜDENSCHEID.

Brausendes Gelächter erfüllt das Haus!

Jeder will ihn sehen.
Den größten Clown d. Welt

Grock

in seinem ersten Tonfilm

Aus dem Leben eines weltberühmt. Artisten

Grock zeigt in diesem Film seine in der ganzen Welt mit beispiellosem Erfolg aufgeführte unverkürzte
Variete-Nummer
mit einer lebenswahren Gestaltungskraft und nicht zu überbietend. Humor.

Beginn: Wochentags 4 Uhr
Beginn: Sonntag 2 Uhr

Märkische Lichtspiele Kierspe

bringen
d. größten Fremdenlegionärsfilm dieses Jahres

Flucht in d. Fremdenlegion

Jeder Vater, jede Mutter, jeder Sohn soll u. muß sehen, was unsere Brüder in dieser Hölle auf Erden erdulden müssen.

Beef und Steak

oder

Wir halten fest und treu zusammen

mit bestbekannten Filmgrößen in 6 Akten.

Erwerbslose zahlen halbe Preise.

Moderne Musik stellt das Radiohaus Wilhelm Diebel Kierspe-Bhf.

Spielplan:
Samstag, d. 28. November, abends 8,30 Uhr
Sonntag, d. 29. Nov. nachm. 4 u. abds. 8,00 Uhr

Porzellan

in jedes Haus.

Bei mir finden Sie eine wunderbare Auswahl in besserem Porzellan

Kaffee- und Teeservice, Tafelservice für 6 und 12 Personen, Sammeltassen, Pudding- Service, Figuren, weiß. Gebrauchsgeschirr usw.

Wilh. Bell jr., Halver.

Es ist überall bekannt

Aluminium-Kleidung

Die Besten und Billigsten im Bergischen Land!

19.00 Damen-Mäntel

Stoffe, die sich tragen, Roßhaarverarbeitung, Kunstseiden-Ausstaffung
Mk. **23.— 26.—**

29.00 Velours und Popelstoff

in tadelloser Beschaffenheit, moderne, wie auch solide Musterungen
Mk. **34.— 38.—**

42.00 Velours und Popelstoff

vornehm ausgestattet, vorzügliche Qualität
Mk. **48.— 54.—**

63.00 Velours und Popelstoff

bewährte Qualitäten, in sehr guter Verarbeitung
Mk. **68.— 74.—**

88.00 Velours und Popelstoff

feinste Modelle in überragend guter Ausstattung
Mk. **98.— 105.—**

14.80 Herren-Anzüge

erprobt starke Stoffe, gute Zutaten, solide Roßhaar-Verarbeitung
Mk. **16.80 19.50**

28.00 Herren-Anzüge

reines Kammgarn, blau und farbig, moderne Farben, 1- und 2-reihig
Mk. **34.50 38.—**

48.00 Herren-Anzüge

erstklassige Fabrikate in modernen Musterungen
Mk. **58.- 68.-** bis zu den feinsten Modellen

Direkter Bezug aller Grundstoffe, eigene Kleiderfabriken und Großkonfektionen sind die Fundamente unserer Vorzugsstellung.

Allen Käufern deshalb nur bei

Aluminium

BARMEN und SOLINGEN

Das führende Haus für angepaßte Fertigkleidung